

NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Drs. 4/13925

„Förder- und Feldesabgabe für sächsische Bodenschätze erheben – keine weiteren Staatsgeschenke für ausländische Konzerne – das Land und die Menschen am Gewinn aus sächsischen Rohstoffen beteiligen“ ; Antrag NPD (Schlußwort)

Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

nachdem sich mein Vorredner wieder einmal förmlich überschlagen hat, für unseren Antrag irgendwelche Ablehnungsgründe zu konstruieren, möchte ich nochmals auf die Tragweite unseres Antrages und die Rohstoffpolitik der sächsischen Regierung eingehen.

Meine Damen und Herren,
eine verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik sieht anders aus als die derzeitige Rohstoffpolitik des Freistaates Sachsen.

Die kurzfristig eingebrochenen Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt werden langfristig wieder rapide ansteigen, und der Verteilungskampf um die Ressourcen dieser Welt hat längst begonnen.

Aus diesem Grund ist es an der Zeit, die Abgaben zugunsten des Staates an die veränderten Bedingungen anzupassen.

Aber nicht allein die Abgabenpolitik der sächsischen Regierung, sondern auch die Politik bei der Vergabe von Bergbaukonzessionen ist für unsere Fraktion völlig inakzeptabel und gleicht dem Ausverkauf des sächsischen Tafelsilbers in alle Welt.

Meine Fraktion hatte bereits vor Monaten kritisiert, daß vor der Vergabe der Bergbaukonzessionen nicht einmal ansatzweise über die Bildung eines Konsortiums deutscher und sächsischer Bergbauunternehmen nachgedacht wurde.

Währenddessen rissen sich gleich mehrere ausländische Konzerne um die Rechte an sächsischen Bodenschätzen, deren Erlöse langfristig im Milliardenbereich liegen dürften.

Diese Chance wurde versäumt. Die Konzessionen für interessante Abbauvorhaben sind inzwischen erteilt. Schon aus diesem Grund ist unser Antrag inzwischen mehr oder weniger als „Schadensbegrenzungsmaßnahme“ zu verstehen, um wenigstens einen Teil der Gewinne aus sächsischen Bodenschätzen – allen voran das Kupfer der Lausitz - für Sachsen zu retten.

Der Verzicht auf die Förder- und Feldesabgabe ist aus Sicht der NPD-Fraktion angesichts chronisch leerer Staatskassen und der Rekordgewinne einzelner Unternehmen ein Verbrechen.

Dabei hat die Feldesabgabe aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben - deren Verbesserung wir ebenfalls fordern -, nur einen symbolischen Charakter.

Mit 25 Euro Feldesabgabe je angefangenen Quadratkilometer und der Verrechnungsfähigkeit werden sich Einnahmen daraus sicherlich kaum bemerkbar machen.

Ganz anders verhält es sich aber bei der Förderabgabe. Orientiert man sich am Bundesgesetz und legt eine Förderabgabe von nur 10 Prozent zugrunde, ergeben sich angesichts der über 30 Millionen Tonnen Rohbraunkohle, die jährlich aus sächsischem Boden geborgen werden, Einnahmen des Staates in zweistelliger Millionenhöhe.

Diese zig Millionen kommen im Moment den Aktionären von Vattenfall und damit dem schwedischen Staat zugute.

Das Ziel unseres Antrages ist es, diese Millionen nicht weiter Jahr für Jahr zu verschenken.

Wenn man berücksichtigt, welche indirekten Kosten durch Siedlungs- und Umweltzerstörungen, Störungen im

Grundwasserhaushalt oder andere negative Effekte infolge der Bergbautätigkeit entstehen, erscheint die Abgabe für den Abbau der Braunkohle noch um ein Vielfaches mehr gerechtfertigt.

Es darf nicht sein, daß von Unternehmen Millardengewinne erzielt werden und die Kosten vollständig auf die Gemeinschaft umgelegt werden.

Ziel unseres Antrages ist es deshalb, die Förderabgaben für alle Bodenschätze zu überarbeiten und im Rahmen des Bergrechtes in bestimmten Fällen auch über dem üblichen Satz von 10 Prozent festzulegen.

Dabei wollen wir berücksichtigt wissen, inwieweit die Gewinnung mit positiven Effekten für die inländische Wirtschaft und den Arbeitsmarkt verbunden ist, und ob die Gewinne aus dem Abbau der Bodenschätze inländischen Unternehmen zugute kommen oder in alle Welt fließen.

Bei der Festsetzung der Abgaben wollen wir deshalb zukünftig auch die Eigentümerstruktur der derzeit oder zukünftig im Freistaat Sachsen tätigen Bergbauunternehmen und deren Gewinnentwicklung in bezug auf den jeweiligen Bodenschatz berücksichtigt wissen.

Wir wollen damit ein Beitrag leisten um den fortlaufenden Ausverkauf inländischer Werte zu verhindern, und eine

angemessene Beteiligung des Landes und seiner Menschen an den in ihrer Heimat gewonnenen Bodenschätzen sicherstellen.

Ich Sie bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit